

# **Europäische Bankenunion – leere Taschen, leere Worte?**

---

Bachelorarbeit in Banking & Financial Services

21. Dezember 2012

Verfasserin:  
Rhea Maria Jaeggi  
Studienrichtung: Banking & Finance

# Executive Summary

## Problemstellung

Finanzinstitutionen treten auf den Geld- und Kapitalmärkten als Finanzintermediäre auf, indem sie finanzielle Mittel von Marktteilnehmern mit Kapitalüberschuss an Marktteilnehmer mit Kapitalbedarf vermitteln. Mitunter ist dabei das Einlagengeschäft eine Hauptaufgabe der Finanzinstitutionen. Durch die Entgegennahme von finanziellen Mitteln durch die Einleger in Form einer Einlage können sich die Finanzinstitutionen Fremdkapital beschaffen. Zudem erlaubt es die Entgegennahme von Fremdkapital den Finanzinstitutionen ihre Transformationsfunktionen – also Losgrößen-, Fristen- und Risikotransformation – wahrzunehmen und die zahlreichen Unternehmungen in der Wirtschaft mit Krediten zu versorgen. Die Finanzinstitutionen haben somit durch ihre wichtige Rolle im Bereich von Investitionen und Finanzierungen eine volkswirtschaftliche Aufgabe.

Werden Banken insolvent, so müssen die Einleger von Bankeinlagen Verluste ihres (Teil-) Vermögens hinnehmen. Zudem resultiert aus der Insolvenz von Banken ein Vertrauensverlust, welcher das gesamte Bankensystem tangieren kann, da die Einleger möglicherweise auch Einlagen bei anderen Banken abziehen und dadurch noch weitere Banken in die Insolvenz treiben könnten. Damit die Einleger vor möglichen Verlusten durch Bankinsolvenzen geschützt sind, existieren in den meisten Ländern Einlagensicherungssysteme. Die rechtlichen Grundlagen innerhalb der Europäischen Union bildet die Richtlinie 94/19/EG über die Einlagensicherungssysteme sowie die am 11. März 2009 publizierte Richtlinie 2009/14/EG als Änderung zur Richtlinie 94/19/EG. Der aktuell diskutierte Vorschlag einer gemeinsamen, europaweiten Einlagenversicherung baut teilweise auf den erwähnten Richtlinien auf. Die Analyse möglicher Lösungsansätze für einen gemeinsamen Versicherungsfonds sowie der Vergleich dieser Lösungsansätze mit der US-amerikanischen Einlagenversicherung (FDIC) bilden die Basis für die Beurteilung der Glaubwürdigkeit einer gemeinsamen, europaweiten Einlagenversicherung.

## **Vorgehen**

Die vorliegende Arbeit ist in drei Hauptkapitel gegliedert:

In Kapitel 1 wird zunächst der aktuell diskutierte Vorschlag einer europäischen Bankenunion vorgestellt um anschliessend in Kapitel 2 auf die rechtlichen Grundlagen der Einlagenversicherungssysteme innerhalb der Europäischen Union einzugehen.

In Kapitel 3 wird auf die Kapitalisierung der bestehenden Einlagensicherungsfonds innerhalb der Europäischen Union per Ende 2011 eingegangen und aufgezeigt in welcher Form (ex post, ex ante oder gemischt) die Einlagensicherungsfonds der Europäischen Union finanziert werden.

In Kapitel 4 werden der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und eine mögliche Versicherung durch die Europäische Zentralbank (EZB) als Lösungsansätze für eine gemeinsame, europaweite Versicherung analysiert und diese mit der US-amerikanischen Einlagenversicherung (FDIC) verglichen. Abschliessend wird in Kapitel 5 auf die Glaubwürdigkeit einer europaweiten Einlagenversicherung eingegangen.

## **Resultate**

Anhand der von Blair, Carns und Kushmeider (2006) erwähnten Kriterien Mitgliedschaft, Deckung, Finanzierung, öffentliches Bewusstsein sowie die Rückerstattung der Einlagen an die Einleger wurden die beiden Lösungsansätze für einen gemeinsamen Versicherungsfonds mit der US-amerikanischen Einlagenversicherung (FDIC) verglichen. Das Kriterium Mitgliedschaft wird im Gegensatz zu den beiden Lösungsansätzen von der FDIC vollumfänglich erfüllt. Die FDIC versichert diejenigen Institutionen, welche Einlagen von Kunden entgegennehmen. Gleichzeitig kann die FDIC ihre langfristige Existenzfähigkeit sicherstellen, da einerseits Einnahmen mit Hilfe des ex ante Finanzierungsmechanismus, der contingent reserve sowie von special fees generiert werden und andererseits eine Kreditlinie des US Treasury von \$ 100 Mrd. und eine hundertprozentige Deckung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vorliegt. Das Kriterium Deckung wiederum wird im Gegensatz zu den beiden Lösungsansätzen durch die FDIC erfüllt indem diese eine Mindestdeckung garantiert und damit definierte Einlagen absichert. Die FDIC verfügt gegenüber den beiden Lösungsansätzen über einen Sicherungstopf mit dessen Hilfe sie

mögliche Abflüsse an Einleger finanzieren kann. Zudem hat die FDIC eine auf die Ziele des Systems abgestimmte Ziel-Ratio bestimmt, welche die Grösse des Fonds in Relation setzt zu den versicherten Einlagen. Das öffentliche Bewusstsein darüber, ob ein Sicherungssystem vorhanden ist, welches im Notfall handeln wird und kann, korreliert stark mit der Glaubwürdigkeit welche die Einleger dem System entgegenbringen können. Nebst transparenten und für die Öffentlichkeit zugänglichen Information ist es der FDIC somit möglich, das öffentliche Bewusstsein zu stärken. Die FDIC fördert zudem das Vertrauen der Einleger in das System, da die Einlagen durch eine breit abgestützte Sicherung der Einlagen geschützt sind, wodurch der Bankkunde das Risiko eines potenziellen Verlustes als niedrig einstuft. Im Fall eines Konkurses ist letztlich eine rasche Auszahlung der Einlagen an Bankkunden durch die FDIC im Vergleich zu den beiden Lösungsansätzen wahrscheinlicher, da diese bereits über einen geäuften Einlagensicherungstopf verfügt.

Die Glaubwürdigkeit der in der Arbeit vorgestellten Lösungsansätze unter Berücksichtigung der von Blair, Carns und Kushmeider aufgestellten Kriterien ist niedriger im Vergleich zur US-amerikanischen Einlagenversicherung. Ein Konzept, welches dem System der US-amerikanischen Einlagenversicherung angelehnt ist, erarbeiteten Schoenmaker und Gros weshalb auf dieses in Kapitel 5 abschliessend eingegangen wird.